

Dringlicher Antrag an die 1.Tagung des Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen

Förderung des sorbischen Volkes

Einreiche

Delegierte aus dem Kreisverband Bautzen Jürgen Mehner, Klaus Dietrich, Merka Kosel, Siegfried Rüllicke, Gitta Stenzel, Georgia Brauer und Conny Ernst, André Hahn und Heiko Kosel

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Sachsen fordert die Bundesregierung auf, die geplante Kürzung der Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk nicht zu verwirklichen. Die Bundesregierung wird ersucht, den Haushaltsentwurf nachzubessern und den das sorbische Volk diskriminierenden Schritt der Mittelkürzung zurückzunehmen.

Begründung:

Die Bundesregierung plant weitere Kürzungen zur Förderung der Stiftung für das sorbische Volk. So sieht der Regierungsentwurf des Haushalts 2008 eine veranschlagte Summe von 7 Mio. Euro vor, was eine Reduzierung des Finanzierungsanteils des Bundes im Vergleich zu 2007 um 600 000 Euro bedeuten würde.

Seit Jahren versucht die Bundesregierung, sich mit der Kürzung der Mittel aus dem Bundeshaushalt an die Stiftung für das sorbische Volk aus der Verantwortung für eine den europäischen Grundsätzen verpflichteten Förderung des sorbischen Volkes zu stellen.

Die Domowina - Bund Lausitzer Sorben-, führende Vertreter sorbischer Kultureinrichtungen und - vereine sowie auch die sächsische Staatsregierung vertreten die Meinung, dass weitere Mittelkürzungen die wenigen, unikaten sorbischen Kultureinrichtungen in ihrer Substanz bedrohen. Im Gegenteil ist die Forderung erhoben worden- auch über Jahre von der sächsischen Linksfraktion- , der Bund möge eine jährliche Unterstützung der Förderung der sorbischen Sprache und Kultur in Höhe von mindestens 8,2 Mio. Euro vornehmen. Das ist jener Anteil, den auch Sachsen und Brandenburg in die Stiftung einzubringen gewillt sind.

DIE LINKE. Sachsen protestiert in aller Entschiedenheit gegen die Pläne der Bundesregierung, die, soweit es sich um deutsche Minderheiten im Ausland handelt, keine Gelegenheit auslässt, die Verwirklichung von Minderheitenrechten zu fordern.

Entscheidung des Parteitages: Angenommen